

Rechtswahl Schramm. Laut diesem Vertrag ist Ludendorff Vertrauensmann, der über die Verwendung der Gelder keine Rechenschaft abzulegen braucht. Ludendorffs Sohn war An-  
gestellter der „Gesellschaft 164“ und Ludendorffs Strohmann  
Rienhardt, Referendar (in München natürlich), Firmenträger, juristi-  
scher Führer. Trotzdem sitzt Rienhardt nicht auf der Anklagebank,  
sondern ist Zeuge! Und Ludendorff ist völlig unbehelligt! Tausend  
besagt, er habe nur im Laboratorium gearbeitet. Die  
Geschäftsführung habe Rienhardt besorgt. Man kann sich leicht  
vorstellen, wie in München „gezogen“ wird. Tausend nicht. Nach  
langem hin und her glaubt er, daß Ludendorff es wissen müsse.  
Die Mitarbeiter seien aus Ludendorffs engem politischen Kreise  
ausgewählt, der Völkische Kurier sei finanziert, die hinter Luden-  
dorff stehende politische Richtung habe wahrscheinlich das Geld  
bekommen. Wahrscheinlich? Wohl nicht sehr. Aber ein guter  
Trick ist das. Er sollte in Moskau bekannt werden. Merkt euch  
das, ihr Lattensauger und Knackerfratzen, behauptet sich, wenn  
ihr gefaßt werdet, ihr seid politisch und habt eurer „Richtung“  
was abzugeben.

Aber, aber! Exzellenz Ludendorff wurde Tausend als Treu-  
händer empfohlen — von der „Reichsanleihe“. Also von der  
Reichsregierung! Und dann, am 24. Oktober 1925, machte Luden-  
dorff den Vertrag.

Nicht deshalb verdient der Alchimist Milde, weil er soviel  
geldgierige Narren kuriert hat, sondern weil er so hohe Gönner  
hat.

Der „Goldmacher“ hat seine Wissenschaft übrigens, wie  
er aussagt, aus Büchern gelernt. „Oman so habe ich es ausge-  
führt, wie ich es gelesen habe.“ Ja also. Die Sache kann nicht  
schwer sein. Ein Universalgenie ist der Mann. Aus den Büchern  
wurde er Meister in der Herstellung eines blutstillenden Mittels,  
der Verwandlung von Kochsalz in Morphium, eines Zinkspat-  
und-Reinigungsfahrens, eines Verfahrens, das Getreide schnell-  
er wachsen zu lassen, eines Geheimverfahrens zur Herstellung  
von Meisterei, der Verwandlung von Lehm in Aluminium,  
einer Erzeugung von Nickel, einer zur Veredelung des Stahls,  
gegen Maul- und Klauenseuche, gegen Pflanzenschädlinge, zur  
Herstellung künstlicher Edelsteine, eines künstlichen Düngemittels  
usw. usw. Auf eine Frage des Vorsitzenden, ob er, Ludendorff,  
nicht auch behauptet habe, er habe die Quadratur des Kreises  
gelöst, antwortete er, das kann schon sein. Die Goldmacher  
wurde so ganz nebenbei entdeckt. Sie funktionierten nie vor  
kritischen Zeugen, immer vor Zeugen aus dem Umkreise Luden-  
dorffs. Der Sieger des Weltkrieges scheint der Magier zu sein.  
Und darauf kamen Gelder. Ein Hüttenmann in Oester-  
reich bot gleich seinen Hochofen mit 600.000 Tonnen Jahres-  
leistung! An Gold würde das die Kleinigkeit von 2.400.000 Mil-  
lionen Goldmark bedeuten. Wenn schon, denn schon, dachte  
ein Fabrikant in Sachsen und besaß noch dazu ein  
Man zog es aber vor, das Domizil der Gesellschaft nach Frei-  
burg in Sachsen zu verlegen. Vielleicht fürchtete man, daß über-  
drücklich der Platz zum Lagern fehlen würde. In Freiburg ist  
nämlich die Erde ausgebaut für Bergwerke. Wo nun  
die Goldfabrik ist, das weigert sich der Meister zu sagen. Eben-  
falls verzieht er seine Theorie nicht. Das ist verständlich. „Ni-  
gends wird soviel gestohlen als in der Chemie.“ Nur das die  
ganze chemische Wissenschaft falsch ist, bekundet der „Meister“,  
wie ihn seine Geldgeber anreden, die alle vor ihm (d. h. vor  
dem erwarteten Golde) stramm standen, wie sie vor Gericht  
beständen. Rechtsanwält Bueckel-München (aus dem Kreise Lu-  
dendorffs natürlich) verzichtete auf jede Kontrolle, weil der  
Meister „so wunderbare Christaugen“ hatte.

Beachtenswert am dem Prozeß ist wohl weniger die Resen-  
dumtheit jener, die ihr Geld sehr leicht durch Arbeiterausbeu-  
tung verdienen. Ob der Tausend Schieber oder Geschobener  
ist, oder Komplize, das ist auch unwichtig. Wichtiger ist schon  
die engere Umgebung Sr. Exzellenz, die alles glaubte, die bei  
jedem Experimente nur acht solcher Fälle behandelt. In  
Republik noch zu beklagen gibt, wo Millionen von Proletariern  
in dem Dreck dieser „Ordnung“ vegetieren müssen.

### „Hinweis an den Staatsanwalt“

Der preußische Justizminister Dr. Schmidt hat an alle Staats-  
anwaltschaften die Aufforderung gerichtet, die durch Wort,  
Druck oder Schrift gegen den Staat und seine Organe gerichteten  
Beleidigungen mit dem ihrer Bedeutung für das öffentliche  
Leben entsprechenden Nachdruck und mit größter Beschleunigung  
zu bekämpfen.

Das ist die Ankündigung einer verschärften Terrorwelt  
gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung. Noch zumal bei dieser  
reaktionären Blüte von Staatsanwälten. Wir wollen nur dazu  
erinnern, was geschah vor dem Hund gekommen in die  
Republik noch zu beklagen gibt, wo Millionen von Proletariern  
in dem Dreck dieser „Ordnung“ vegetieren müssen.

### Überall wird der Imperialismus

#### Nach Indien in Indochina.

Nachdem der englische Imperialismus in Indien erst kürz-  
lich vier Textilarbeiter von Calcutta abzurufen gebracht  
hat, ahmt ihn jetzt der französische Imperialismus in In-  
dochina nach.

Die Befürwortung in Ha-Doung (Toankin) hat die Re-  
vision der Todesurteile gegen fünf Revolutionäre abgelehnt.  
Gegenwärtig befinden sich in Indochina 86 Revolutionäre,  
die die Revision ihrer Todesurteile erwarten. Bis jetzt haben  
die zuständigen Behörden nur acht solcher Fälle behandelt. In  
allen acht Fällen wurde die Revision abgelehnt. 78 Fälle  
schweben noch; d. h. 78 Revolutionäre sind mit der Hinrich-  
tung bedroht. Die acht anderen sollen dieser Tage noch —  
wenn es nicht schon geschehen ist — hingerichtet werden.

Mit brutalsten Terror macht sich der internationale Im-  
perialismus die erwachsenen Kolonialsklaven untertan. In  
Genf aber sitzen die kapitalistischen Friedenslügen — reprä-  
sentiert durch die Friedenskommission — und veranstalten  
ein Flötenkonzert über „Abrüstung und Frieden“. Ein Mani-  
fest an die „Völker“ Europas wird erlassen, um den „Frieden“  
zu sichern. Aber dieser Terror zogen die Kolonialsklaven zer-  
reißt dieses Friedensgeschrei der imperialistischen Diplomaten  
als eine große Lüge. Hinter dieser Lüge verbirgt sich nur das  
Anstreben der einzelnen Imperialisten, um eines  
schönen Tages das „Friedensmanifester“ in Fetzen zu zer-  
lassen, wo die Welt im Interesse des Profits erneut in ein  
Pulverfaß verwandelt wird.

### Schismenepidemie

#### Die Krisenwirkung in Japan.

Japan ist das jüngste durchindustrialisierte kapitalistische  
Land. Es ist in einigen Jahrzehnten vor dem Kriege von dem  
Niveau Chinas zum modernen Wirtschaftsstaat emporgestiegen.  
Das kleine Land mit dem großen chinesisches Riesenterritorium  
vor der Tür hat sich in den Aussicht auf diese ständigen Absatz-  
verhältnisse dermaßen mit Maschinen vollgepflanzt und die  
Menschen von der Schule entzogen, daß die Wirtschaftskrise  
dort den denkbar günstigsten Boden vorfindet für die Ver-  
schiebung von Menschleben. Die Selbstmordepidemie erasstrah  
noch schlimmer als in der resetzten deutschen demokratischen  
Republik.

Ganze Familien entschließen sich so zum Sprunge ins  
Nichts. In Soma z. B. hat sich eine sechsköpfige Familie auf-  
gehängt, in einem anderen Bezirk entschlossen sich sogar drei

## Aus der Wirtschaft Arbeitslosigkeit und Doppelverdiener

Die Arbeitslosigkeit ist ein zwangsläufiges Produkt der kapita-  
listischen Warenwirtschaft. In der Epoche kapitalistischer Auf-  
wärtsentwicklung mit ihren periodisch auftretenden Krisen ist  
auch sie eine periodische Erscheinung. Die Krise ist kein Uebel  
des Kapitalismus, sondern gehört zu ihm wie die Konjunktur.  
Ihre Ursachen liegen in den Widersprüchen zwischen Produktion  
und Austausch. Der auf dem Weltmarkt angesammelte Waren-  
reicht findet keinen Absatz, die Produktion stockt, die Arbeiter  
fliegen auf die Straße. Die Überwindung der Krisen vollzieht  
sich früher folgendermaßen: Die kleinen, schwächeren Unter-  
nehmungen gehen bankrott und werden von dem Großkapital  
aufgekauft. Die wachsende Absatzstockung führt zu einer Senkung  
der Preise. Der Warenmarkt fließt langsam ab. Auf der  
Grundlage einer starken Konzentration, Verbesserung des Pro-  
duktionsapparats und Steigerung der Produktivität setzt sich  
die Wirtschaft, bei gleichzeitiger Markterweiterung erneut wie-  
der in Bewegung. Die Arbeitslosen finden in den freimühenden  
wieder Beschäftigung.

Im heutigen Monopolkapitalismus ist es anders. Krise und  
Arbeitslosigkeit werden zu einer Dauerscheinung. Die Ver-  
besserung der Technik macht Millionen Arbeitskräfte überflüssig  
und sprengt den Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft. Ein  
Abfließen auf dem Warenmarkt findet nicht oder sehr langsam  
statt, weil die Monopolstellung des Kapitals ein Sinken der  
Preise behindert. Dazu kommt noch eine Einschränkung der  
Produktion durch Stilllegung von nicht hochprofitierenden, profit-  
abwerfenden Unternehmen. Neue Entdeckungen und Erfindungen  
werden nicht mehr angewandt, sondern vernichtet. Die Ver-  
besserung der Produktion, ehemals ein kulturförderndes Element,  
schlingt nun die Monopolkapitalisten in den Strudel des Kapitalis-  
mus wird zur Niedergangsepoche. Die Reservearmee schwillt  
von Jahr zu Jahr an, ohne daß Aussicht auf ihre Beseitigung  
besteht. Einige Zahlen mögen uns das illustrieren:

1926	2.549.004
1927	2.536.912
1928	2.545.254
1929	2.850.800
1930	4.357.000
Januar 1931	4.765.000

Die Arbeitslosigkeit als löhndrückender Faktor ist dem Ka-  
pital angenehm, aber auch sehr gefährlich. Auch für die Ar-  
beiterklasse birgt sie eine Gefahr. Ein Teil der Arbeitslosen  
sinkt als Bodensatz ins Lumpenproletariat nieder, das zu allen  
Zeiten schuftet für die Familie, wo Mann, Sohn und Tochter  
Zurechtfinden. Die Bourgeoisie findet ökonomisch keine  
Lösung der Frage. Sie versucht, die Monopolkapitalisten zu be-  
einflussen, um sie in Ruhe zu halten. Jedes Mittel ist ihr dazu  
recht. Sie leistet allen Quacksalbern bereitwillig Steigbügel-  
dienste. Presse und Radio stellt sie ihnen zur Verfügung, um  
sich darin auszuloben. Allerdings Fallstricken werden emp-  
fohlen, um die Arbeitslosigkeit zu mildern und zu beheben.  
Zu diesen gehört auch der Kampf gegen die Doppelverdiener.  
Der Begriff „Doppelverdiener“ ist sehr dehnbar, man kann ihn  
auch anwenden auf Staatspensionäre, Minister, a. D., die Direk-  
torenposten bekleiden und 12—15fache Aufsichtsratsmitglie-  
der, die nebenbei Reichstagsabgeordnete sind. Will man diesen  
die doppelte Existenz nehmen? Nein. Der Begriff ist nur auf  
die Arbeiterklasse gerichtet, auch hier ist er sehr dehnbar. Man  
kann ihn anwenden auf die Familien, wo Mann, Sohn und Tochter  
arbeiten. In den meisten Fällen versteht man unter Doppel-  
verdienern die Familien, wo die Ehefrau durch Arbeit zum  
Einkommen beiträgt.

Die Geschichte des Kapitalismus kennt, weiß, daß Fra-  
uen- und Kinderarbeit mit als erste Mittel der kapitalisti-  
schen Anwendung der Maschinerie war. Marx sagt auch an einer  
Stelle treffend: „Sofern die Maschine Muskelkraft entbehrtlich  
macht, wird sie zur Unterstützung der Muskelkraft und un-  
zweckmäßiger Körperentwicklung, aber größerer Geschwindigkeit der  
Glieder anzuwenden.“ Die Maschine braucht flinke Finger und  
die Unternehmer billige Arbeitskräfte. Frauenarbeit wurde so-  
mit in eine glänzende Profiteure des Kapitals. Durch die  
Einführung der Maschine griff der Kapitalismus in die „Heilig-  
keit“ der Familie ein, und zwang die weiblichen Angehörigen in  
seine Dienste. Folgende Zahlen zeigen uns diese Entwicklung.  
Von erwerbstätigen Frauen (15 — 64 Jahre) waren erwerbstätig  
1882 44,5, 1895 45,9, 1907 48,7, und 1925 51,5 Prozent.  
Der deutsche Kapitalismus holte den Vorsprung des englischen  
und französischen Kapitals auf dem Weltmarkt durch Frauen-  
arbeit und Heimarbeit.

Während des Krieges drang die Frauenarbeit als ein Mangel  
an männlicher Arbeitskraft in Berufsweize ein, die ihr vor-  
her nicht offen standen. Auch die verheirateten Kriegserfaren  
wurden unter der Drohung, daß man ihnen die Unterstützung  
entziehe, gezwungen, sich in den Produktionsprozeß einzureihen.  
Alles zur Ehre des Profits und zur Rettung des Vaterlandes.  
Auch jetzt kann das Kapital diese billige Arbeitskraft nicht ent-  
behren, und so dringt die Frauenarbeit immer weiter in den  
einzelnen Berufsweizen vor. Nach der Volks- und Berufs-  
zählung im Jahre 1925 war die weibliche Arbeitskraft in folgen-  
den Berufsweizen tätig: Landwirtschaft 43,3 Proz., Industrie  
und Handwerk 25,4 Proz., Handel und Verkehr 13,7 Proz.,  
Freie Berufe und Verwaltung 2,5 Proz., Gesundheitswesen 2,6  
Prozent und häusliche Dienste 12,5 Proz. An verheirateten  
Frauen standen 1925 folgende Gruppen im Erwerbsleben:

als Selbständige	309.200 oder 8,5 Proz.
mithelfende Familienangeh.	2.501.300 „ 68,6 „
Angestellte und Beamte	82.500 „ 2,3 „
Arbeiterinnen	708.100 „ 19,4 „
Hausangestellte	44.200 „ 1,2 „

Die veränderte ökonomisch wichtige Stellung der Frau im  
Produktionsprozeß brachte auch eine Veränderung ihrer gesell-  
schaftlichen Rolle mit sich. Sie ist nicht mehr das Hausmütter-  
chen von früher, die des Kesselpfops gehörte, und warne  
müßte, bis der Freier kam, um Kindergebärmische zu sein.

Familien gemeinsam durch Gift das Leben zu nehmen. Hier  
kamen nicht weniger als 71 Menschen um. Von einer Familie  
ward ein geradezu furchtlicher Selbstmord gemeldet. Vater  
und Mutter und drei Kinder banden sich mit Stricken anein-  
ander, bestiegen einen noch in Tätigkeit befindlichen Vulkan  
und ließen sich in die Tiefe durch Erhitzen. So nahmen sich  
sittliche Mittel ist das Erklerten der hohen Berge, um  
dort — schmerzlos zu erliegen. Selbstverständlich wird in  
einem modernen kapitalistischen Lande wie Japan der Selbst-  
mord durch Gas, Erhitzen, Erseheben auf den Schienen usw.  
genötigt, wie bei uns. Besonders zahlreich sind auch die Selbst-  
morde von Frauen, und zwar findet sich hier eine besonders  
große Vorliebe für die Tod durch Erhitzen. So nahmen sich  
in einer Stadt in Mitteljapan an einem Tage mehr Frauen das  
Leben, als vor einem Jahr im Verlaufe einer Woche. Endlich  
liebe die Verzweiflungstimmung, die immer weitere Schichten  
erfaßt, auch zu einer Auswirkung der Selbstmordpsychose auf  
Liebespaare, die alle Hoffnungen auf einen eigenen Haushalt  
zerstört sehen.

sonern sie tritt in ihrer neuen gesellschaftlichen Rolle selbst-  
bewußt neben den Mann. Dazu kommt, daß die verheiratete  
Frau zum Lohne des Mannes mitverdienen muß. Das Kapital  
kalkuliert im Lohn des Mannes die Arbeit der Frau hinzu. Daß  
die Bourgeoisie mit diesen Tatsachen rechnet, zeigt ein Artikel  
in der Wirtschaftskurve der Frankfurter Zeitung. Hier schreibt  
Ernst Kahn: „Über die Hälfte aller 15—65jährigen Weiblichen  
standen 1925 bereits im Berufe (heute dürften es noch mehr  
sein); im Jahre 1925 noch etwa zehn Millionen erwachsene  
fähige Frauen nicht erwerbstätig. Hier liegt eine — theoretische —  
Reserve für den Fall eines Arbeitermangels.“

Die Entlassung der verheirateten Frauen hieß die ökonomi-  
sche Entwicklung zurückschrauben, ohne das an der Arbeits-  
losigkeit etwas geändert wird. Solche Vorschläge sind typisch  
kleinbürgerlicher Unfug, der vom Kapital zur ideologischen  
Verdummung und zur Verhinderung der Arbeitslosen gegen die  
Arbeitenden benutzt wird. Nicht Rückschraubung der — kapita-  
listischen Entwicklung ist Gebot der Stunde, sondern die  
Aufgabe der Arbeiterklasse ist es, ihren Klassengenossen die  
Klassenlage zum Bewußtsein zu bringen, um sie recht zu machen  
für die Erkenntnis, daß nur der Sturz dieser kapitalistischen  
Wirtschaftsordnung und Aufbau der kommunistischen Bedarfs-  
wirtschaft eine Lösung der Arbeitslosigkeit bringt.

### Weiters von der Lohnarbeit

Zwischen den Tarifparteien der Textilindustrie des Glad-  
bach-Rebber Bezirks kam nach langen Verhandlungen eine  
Vereinbarung zustande, nach der ein Lohnabbau von 5,8 Proz.  
erfolgt. Das Abkommen läuft bis zum 15. August 1931.

In der Dürener Metallindustrie haben sich die Tarifparteien  
vor dem Schlichter für das Rheinland dahin geeinigt, daß die  
Handwerkspitzenlöhne von 78 bzw. 81 auf 74 bzw. 72 Pf.  
berabgesetzt werden. Das entspricht einem Abbau von 8 Proz.

Am Dienstag ist beim Schlichter nochmals wegen des  
Lohnkonfliktes im Berliner Holzgewerbe verhandelt worden.  
Die Fuhrherrenunion hatte bekanntlich den Schiedsspruch des  
Schlichtungsausschusses, der einen Lohnabbau von durch-  
schnittlich 8 Prozent vorsah, abgelehnt, während ihm die Ar-  
beiter — schreibt der „Vorwärts“ — trotz „vieler Bedenken“  
zustimmt hatten. Vor dem Schlichter, der sich vergebens um  
den Abschluß eines Vergleichs bemühte, hielten die Fuhr-  
herren hartnäckig an der Forderung fest, die Löhne um 16 Pro-  
zent abzuhauen. Der Schlichter hat nun die Verbindlichkeits-  
erklärung des Schiedsspruches ausgesprochen. Damit gelten,  
rückwirkend ab 17. Januar, die in dem Schiedsspruch festge-  
setzten Löhne.

Der Schiedsspruch für die feinkeramische Industrie, der  
eine Lohnkürzung um 6 Prozent vorsieht, ist von beiden Par-  
teien angenommen worden.

Der Schlichtungsausschuß für das bergische Land hat für  
die Heimarbeiter in der Solinger Stahlindustrie einen Schieds-  
spruch gefaßt, nach dem vom 1. Februar ab die Löhne für  
roströtre Stahlwaren um 6 Prozent gesenkt werden.

Der Schlichter in Dortmund hat den Schiedsspruch für die  
rechtsrheinische Textilindustrie vom 30. Dezember 1930, der  
den Ecklohn für Arbeiter von 69 auf 64 Pfennig und den für  
Arbeiterinnen von 52,5 auf 49 Pfennig senkt, für verbindlich  
erklärt. Von diesem Abbau sind 45.000 Arbeiter betroffen.

### Aus der Bewegung

#### Forsl (Lansitz)

Zwecks Gründung einer Ortsgruppe fand hier am 18. Januar  
1931 eine Diskussion statt, zu welcher alle ehemaligen Genossen  
geladen und erschienen waren. Als Einleitung gab ein Genosse  
einen kurzen Überblick über politische und wirtschaftliche  
Lage. Die daran anschließende Diskussion, an welcher sich die  
Genossen reger beteiligten, behandelte ausführlich die Frage  
der Taktik der Partei und Union. Die Genossen verurteilten an  
Hand des vorliegenden Materials die Lösung der Kampfgesell-  
schaft der „Kampfruf“-Gruppe von der Partei. Die prinzipien-  
lose „bewegliche“ Taktik degradiert die „Kampfruf“-Gruppe zu  
einer Gewerkschaftsunion, und muß dieselbe zwangsläufig in  
den Sumpf des Opportunismus führen. Die heutigen Verhält-  
nisse aber erfordern mehr denn je den Zusammenschluß der revo-  
lutionären Kräfte auf der Grundlage der Programme der alten  
Partei und Union.

Von diesem Standpunkt aus bezeichnen die Genossen den  
Kampfruf als „Kampfruf“-Gruppe durch die Zerstückelung der  
Kampfgesellchaft mit der Partei beschriften hat, als ein Ver-  
weggen am Proletariat, weil dadurch die Schlagkraft der revo-  
lutionären Bewegung geschwächt wird.

Wir begrüßen den Schritt der Genossen in Forsl und ihr  
eindeutiges Bekenntnis als praktisches Zeugnis für die Konzen-  
tration aller revolutionären Kräfte unter den Fahnen der kom-  
munistischen Arbeiterbewegung.

### Organisatorische Mitteilungen

#### Reich

Achtung! München, Achtung!

Die Genossen der Ortsgruppe München werden ersucht,  
sich unverzüglich an den GHA, respektive RAA zu wenden.  
GHA, und RAA.

#### Ortsgruppe Weidenau.

Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, finden im Lokal Vitrovl,  
Schloßgasse, öffentliche Diskussionsabende statt.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Dietz.  
Berlin. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Izsasont.  
Berlin O 17.

12. Jahrg. Nr. 6

# Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Berlin, 7. Februar 1931

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 62.  
Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenpark Platz 13.

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei,  
durch die Post oder durch die Buchhandlung für  
Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenpark Platz 13.  
Telefon: Oberbaum P 8 7832.

Bei Bezug unter Streifennummer vierteljährlich 2,50 Mark inkl.  
Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,80  
und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal.  
Inserate werden nicht aufgenommen.

## Antifaschistischer Einheitsrummel

Der Kampf gegen den Faschismus ist die Parole, welche  
alle Arbeiterorganisationen, gleichgültig ob es sich um politi-  
sche, wirtschaftliche, kulturelle oder sportliche Vereinigungen  
handelt, beherrscht. Der immer mehr in die Erscheinung tre-  
tende Terror der faschistischen Organisationen, insbesondere  
der internationalistischen SA, hat zu einer gewissen Einheits-  
front sozialdemokratischer, kommunistischer und gewerkschaft-  
lich organisierter Arbeiter geführt. Diese Stimmung hat sich  
die KPD, zuzunutzen gemacht und einen Kampfband gegen den  
Faschismus gebildet, der eine sogenannte Dachorganisation bil-  
den soll, in der alle proletarisch eingestellten Arbeitnehmer und  
auch die antifaschistischen Bürger sich zu gemeinsamem  
Kampfe zusammenfinden sollen. Solche Momente der Zümmen-  
fassung bilden insbesondere die Begründungsdemonstrationen  
bei Ermordungen von Arbeitern durch die Nationalsozialis-  
ten. Charakteristisch ist, daß gerade die SPD, und das  
Reichsbanner sich in dieser Richtung besonders betätigt, um  
die Arbeiterschaft vergessen zu lassen, daß ihre Minister und  
Polizeipräsidenten die Geburtsstunde der faschistischen  
Bewegung gewesen sind. Sie haben im Namen der Demokra-  
tie die rev. Arbeiterbewegung verfolgt und blutig bekämpft. Sie  
haben im Namen der Demokratie ihnen den Polizeischutz für  
ihren Aufmarsch auf der Straße, in den Arbeiterquartieren und  
in den Versammlungen der Arbeiterschaft gewährt. Sie haben  
das Wort vom politischen Rowdytum geprägt.

Wenn man dieses Sammelrummel von Kampfgenerationen  
gegen den Faschismus und die führende Rolle der Sozialdemo-  
kratie in diesem Kampf betrachtet, so ist es verständlich, daß  
ein rev. Arbeiter nach dem Grund dieser Einheitsfront forscht.  
Um sich Klarheit zu verschaffen, muß er zuerst feststellen, was  
überhaupt Faschismus ist. Der Ausdruck Faschismus ist aus  
dem Gegensatz zur Demokratie und zwar zur bürgerlichen  
Demokratie entstanden. Er ist eine andere Form der Unter-  
drückung durch die herrschende Klasse, die die Demokratie als  
unterdrückendes Mittel nicht mehr für erforderlich, oder die De-  
mokratie für zu frühzeitig eingeführt hält. Der Faschismus ist  
also entweder der Ausdruck einer frühkapitalistischen oder einer  
spätkapitalistischen Periode eines Landes. Die Diktatur steht so-  
wohl am Anfang als auch am Ende einer jeden der Wirtschafts-  
ordnungen selbst umwälzenden Epoche. Als der Feudalismus ge-  
stürzt und die kapitalistische Ordnung eingeführt wurde, mußte  
sie sich ebenfalls auf den Terror gegenüber dem herrschenden  
Schichten des Feudalismus stützen. Sie mußte also durch un-  
geheuren Zwang aus den Feudalmenten den kapitalistischen  
„freien“ Arbeiter machen. Das beste Beispiel ist dafür die  
französische Revolution einerseits und die Kämpfe des Kapitals  
gegen die Arbeiterschaft in England, wie sie vorbildlich von  
Engels geschildert wurden. Dem Feudalismus, dessen Prinzip  
es war, nur soviel zu arbeiten, wie er zum Lebensunterhalt  
notwendig hatte, mußte die bürgerliche Moral des „Jeden um  
zu arbeiten“ beigebracht werden. Dazu diente Arbeitshaus, Ge-  
fängnis und Zucht haus. Erst nachdem diese Moral Allgemein-  
gut geworden war, konnte die bürgerliche Klasse auch die  
Demokratie entfallen. Sie hatte vorher durch ihre bürgerliche  
Literatur und Presse der Arbeiterschaft die kapitalistische  
Ordnung als notwendige Konsequenz und als einzige Möglich-  
keit der Existenz so eingepflegt, daß sie ihr als Ausdruck einer  
eindeutigen Logik erschien. Aus dieser Demokratie ent-  
stand logisch die Arbeiterschaft zwischen Kapital und  
Arbeit, die die Bourgeoisie besonders in den Perioden einer  
notwendigen Umstellung des Arbeitsprozesses propagierte und  
auch in die Form einer Koalitionspolitik brachte.

Dieser Prozeß läßt sich besonders klar an dem deutschen  
Beispiel verfolgen. Das erste Mal benötigte das deutsche Kapital  
die Mitarbeit der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften,  
als sie die ungeheure Umstellung der deutschen Wirtschaft auf  
den Krieg und die damit verbundene Einberufung der Frauen und  
der noch nicht und nicht mehr arbeitsfähigen zum aktiven  
Kriegsdienst nicht branchen Teile der Arbeiterschaft in den  
Produktionsprozeß für den Kriegszweck vollzog. Die deutsche  
Bourgeoisie benötigte damals die Hände der Kinder, Frauen,  
Krippel und Greise. Deshalb wurde im Hilfsdienstgesetz die  
Sozialdemokratie und die Gewerkschaften als Partner aller-

### Vom „Sozialismus“ der „Völkerbetreffenden“ in Macdonalds Reich.

Vor ungefähr Halbdonatstrist tagten in Zürich die Herren  
der II. Internationale. Dieselben verkündeten in großen Lettern,  
daß es die Aufgabe der Arbeiterbewegung aller Länder —  
allerdings wie sie sie aufzusen — wäre, sich dem Lohnabbau  
und Kürzung der Arbeitslosenunterstützung zu widersetzen. Die  
Verklündung ging kaum über die Lippen, da passierte in Eng-  
land das Malheur, daß der Macdonald-„Sozialismus“ durch sein  
Schatzkanzler den englischen Unternehmerverbänden den  
Vorschlag unterbreitete, daß ein Lohnabbau von rund 10 Proz.  
vorzunehmen wäre.

Nun meldet die Kunde aus England erreicht: Die von der  
Macdonald-Regierung eingesetzte Kommission zur Prüfung der  
Frage der Arbeitslosenunterstützung hat Vorschläge ausgear-  
beitet, und eine Änderung angenommen, die eine beträchtliche  
Kürzung der bisherigen Unterstützungssätze und anderer „Spar-  
maßnahmen“ vorsehen. Auf einen Widerspruch innerhalb der  
„Arbeiterpartei“ zu dieser Frage erklärte der große „Freund  
des Proletariats“ Macdonald: Es konnte eben darauf an, die  
„Industrie zu organisieren“ und die „Gesamtfrage der Wirt-  
schaft“ zu verbessern.

Also: der Macdonald-„Sozialismus“ ist genau derselbe wie  
der „Sozialismus“ der „Völkerbetreffenden“ in Deutschland. Zur  
„Ankerhebung der Wirtschaft“ müssen eben die Massen Opfer  
bringen.

Der „Sozialismus“ der Macdonald, Naphtali und Co. — das  
ist der „Sozialismus“ für die Dummten, der „Sozialismus“ der  
Emporkömmlinge, einer satten Bonzokratie im Kapitalismus.

Aus dem weiteren Inhalt:  
Die Arbeiterbewegung in Finnland unter dem faschistischen  
Regime  
Peter Kropotkin (Zur zehnjährigen Wiederkehr seines  
Todesjubiläum)  
Der „rote“ Magistrat (Verschärfert den Berliner Gemein-  
de-sozialismus)  
Bolschewistische Heuschkel  
Ein weiteres Beispiel (Ueber den Bankrott des Kap-  
italismus)  
Hörsing rüstet

allein maßgebend. Wenn also die Erfüllungspolitik weiter-  
getrieben werden sollte, müßten sich die Sozialdemokraten und  
die Gewerkschaften für eine restlose Durchführung des Ratio-  
nalisierungsprogramms des Unternehmens einsetzen. Sie  
müßten den Kampf gegen die in der Rationalisierung liegenden  
verstärkte Ausbeutung der Arbeiterschaft in gesetzliche Bahnen  
lenken. Tarif- und Schlichtungsprozesse waren die Waffen, die  
den Gewerkschaften für diesen Zweck in die Hand drückte.  
Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie brachten diese  
Möglichkeiten meisterhaft, um die Arbeiterschaft für diesen  
Rationalisierungsprozeß einzuspannen, der für den Arbeiter  
nichts weiter bedeutete, als eine neue Lebensform des Arbei-  
tens ohne zu leben.

Die deutsche Bourgeoisie überschlug sich sozusagen um das  
Tempo der Rationalisierung. Sie erreichte dadurch, daß  
Deutschland innerhalb von wenigen Jahren zu dem zweitgröß-  
ten Industrieland der Welt wurde. Die Folge war ein un-  
geheurer Konzentrationsprozeß des deutschen Kapitals, der zu  
einer sehr starken Entzerrung des mittleren und kleineren Ka-  
pitals, Industrie, Handel, Gewerbe, Landwirtschaft und freien  
Berufen führte. Auf der anderen Seite wurden durch die Ratio-  
nalisierung immer mehr Arbeitermassen freigesetzt. Die In-  
dustrielle Reservearmee wuchs. Die konjunkturelle wurde  
zur strukturellen Arbeitslosigkeit. Die wirtschaftliche Krise  
verstärkte noch das Arbeitslosenheer und gleichzeitig auch die  
Rationalisierung in den Betrieben. Die Wirtschaftskrise sollte  
durch die Rationalisierung ausgetrieben werden. Dies hatte  
praktisch eine Schraube ohne Ende zur Folge.

Der exproprierte Mittelstand machte für diese Expropria-  
tion den „Marxismus“ verantwortlich weil er mit aller Gewalt  
zur Rationalisierung und zur Erfüllungspolitik gedrängt hatte.  
Unter „Marxismus“ wurde die Ideologie der SPD, und der Ge-  
werkschaften verstanden. Wenn sich dieser Mittelstand auch  
im Namen des Marxismus gegen die rev. Arbeiter wendete, so  
geschah dies deshalb, weil die rev. Arbeiterschaft die kapita-  
listische Ordnung überhaupt beseitigen will. Im Gegensatz  
dazu erstrebte der Mittelstand die Rückkehr zu den Zeiten vor  
Einführung der Arbeitsgemeinschaft, als noch die kapitalistische  
Entwicklung nicht vom Finanzkapital allein beherrscht war und  
noch die Interessen der Landwirtschaft und des Rüstkungs-  
kapitals vorherrschten.

Nachdem die deutsche Bourgeoisie mit Hilfe der Sozial-  
demokratie und der Gewerkschaften ihr Ziel, die reibungslose  
Expropriation des Mittelstandes erreicht hatte, hatte sie  
keine Veranlassung mehr, den Weg der Sozialdemokratie und  
der Gewerkschaften in der Frage der Erfüllungspolitik zu  
gehen. Im Gegenteil betrachtete sie die Belastung durch die  
Reparationsfrage als eine unangehörliche und durch nichts mehr zu  
rechtfertigende Beschneidung ihres Profites. Sie brauchte auch  
nicht mehr auf die seinen kapitalistischen Aufbau finanzieren-  
den kapitalistischen Mächte Rücksicht zu nehmen. Aus diesem  
Grunde wendete sie sich sowohl gegen die Sozialdemokratie  
und die Gewerkschaften als auch gegen das im Tybrot dik-  
tierende ausländische Kapital. Zu diesem Kampfe benutzte sie die  
Organe der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, den  
exproprierten Mittelstand, der sich in der internationalistischen  
Arbeiterpartei organisiert hatte. Sie solidarisierte sich mit den  
Zielen dieser Partei und versah dabei geschickt zu verbergen,  
daß die Expropriation und die Zustimmung zur Erfüllungspolitik  
die Folge der von ihr selbst betriebenen Wirtschaftspolitik ge-  
wesen ist und stellt sich als ein Opfer des Marxismus hin.  
Dabei geht sie so weit, den Kampf gegen ihren früheren



# Aus der Wirtschaft

## Der „Folk“-Magistrat

### Verschärft den Berliner Gemeindefortschritt

Der Berliner Magistrat wird es die Verschärfung von Gemeindefortschritt fort. Und zwar gerade, die den Privatkapital in die Hände gespielt werden. Im vorigen Jahre bekam die Gefühle die Gesellschaft für elektrische Unternehmungen, die den großen privaten Elektrokonzerne gehört, für einen kleinen Punkt den städtischen Aktienbesitz an der Deutschen Gasgesellschaft und am Elektrizitätswerk Süd-West. Jetzt sind es für 45 Millionen Mark Aktien der Städtischen Gaswerke, die die Präg (Preußische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft) für einen neuerlichen Pump laut Magistratsbeschlusses soll.

Die Sozialdemokratie, die der ausschlaggebende Faktor bei dieser Verschärfung ist, redet sich damit heraus, daß die Präg dem Preußischen Schiedsamt unter der Aufsicht der städtischen und die Städtischen Gaswerke somit ja das Stück „Sozialismus“ bleiben. Wäre Preußen daran gelegen, Berlin aus dem Schlammsee zu helfen, so wäre das ja wohl auch ohne die Aktien gegangen. Schließlich unter der Oberaufsicht von Brandenburg ja auch der Preußenregierung, derselbe, der von derselben Preußenregierung das Recht bekam, alle Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung in den Papierkasten zu werfen und die Beschlüsse nach eigenem Gutdünken zu „regeln“. Die Preußenregierung ist es ja wohl auch, die der Stadt Berlin das äußerst kostspielige Direktorium aufgedrückt hat, womit die Stadtverordneten Schaffungen geworden sind. Und endlich hat auch das neue Berliner „Städtegesetz“ von der Preußenregierung, welches Berlin wieder zum Dorf machte, in welchem die städtischen Körperchen weniger zu sagen haben als jeder Schutze in einem absehbaren Hinterland. Welche Zweck hat die Verschärfung der Gaswerksaktien an die Präg hat, das kann wohl nur für den zweifelhaften, der die letzten 10 Jahre sehr sehr geschlafen hat und der die Preußenregierung „für eine Arbeitervertretung hält.“

Dieselbe Phrase, die jetzt die Aktien der Städtischen Gaswerke durchläuft, machen die Aktien der Deutschen Gaswerke und des Elektrizitätswerks Südwest durch. Auch diese wurden erst nur begeben und dann an die Elektrokapital verkauft. Auch die Berliner Städtischen Gaswerke werden bald das Mittel sein, mit denen das Elektrokapital die Berliner Arbeiter nach Strich und Faden schröpft. Ganz abgesehen davon, was es mit den vielen alten Knackern von Partei- und Gewerkschaftsfunktionen machen wird, die für ihr kleinbürgerliches Wohlverhalten in die Gaswerke hineingeschoben wurden und dort zu sterben gedanken.

Freilich hat die Präg auch ohne die Aktien die Macht, die Gaswerke in die Höhe zu schrauben und die gewählten Ständigenempfänger zu drillen wie junge Hunde. Es braucht der Stadt nur die Kredite abzuschneiden oder sie so teuer und umständlich zu machen, daß ihr nichts weiter übrig bleibt. Die steigende Ziffer der aus der Arbeitslosenversicherung und aus der Krisenfristung Ausgesteuerten bewirkt dann schon ganze Wälder schneidender, bzw. keinen anderen Zweck hat, als ein paar hunderte Schreier und Demagogen mit Pfünden zu versorgen und daß das Schlagwort von der Sozialisierung der Gemeinden ein Trick von Bauernfängern ist.

## Margarine

### Wallischtran, Sojabohne und Kobra sind die Rohstoffe des Proletenunters.

Die Margarineindustrie weiß nichts von Krise. Ihr Umsatz steigt auch pro Kopf der Bevölkerung. Ihr Profit hat ein phantastisches Ausmaß angenommen. Sie ist eine Weltmacht geworden.

Alles sinkt und zerfällt. Alle Industrien für Nahrungsmittel und Bedarfsartikel schränken die Produktion ein, legen still. Kohlen- und Eisenproduktion gehen zurück. Hunderttausende Großfarmen in Amerika verlassen worden, weil sie am europäischen Markt keinen Absatz fanden. Aber eins hat Absatz: Margarine, das Ersatznahrungsmittel, der Dreck, nach aufgebaut, aus Produkt wird immer schlechter. Die Margarineindustrie, wenigstens die vertraute, verwendet heute noch 57 Prozent tierische Fette

### gegen 55 Prozent tierische Fette

Der Fettgehalt ist auf ein Zehntel zurückgegangen, trotzdem die übrigen Rohstoffe gegen die Vorkriegszeit im Preise gesunken sind, der Lohnanteil am Produkt nur um 8 Prozent betragt und die Leistungssteigerung enorm ist. Die Leistung pro Kopf betrug im Jahre 1928 noch 95,3, im Jahre 1930 aber schon weit über 100 L. Die Rohstoffe der Margarineindustrie (immer bei Trustbetrieben) sind 78,4 Prozent pflanzliche Fette (Kopra und Sojabohne), 15,9 Prozent Wallischtran und nur noch 5,7 Prozent tierische Fette, gegen noch 55 Prozent im Jahre 1913. Kopra, das ist die zerschnittene und getrocknete Kokospalme, die man in der Kriegszeit hinein als Stiefelschmiermittel abgekauft, weil er wiesenerntet das Leder schädigt. Nur für Pferdegeschirre und ähnlich grobe Lederwaren wurde er verwendet. Erst die Not des Krieges ließ die Verwendung als Lederfett zu. Die Demokratie, der Wille der Kapitalisten zur Ausbeutung und Vergiftung von Proleten ist keine Beschränkung mehr unterworfen.

Die hier wiedergegebenen Zahlen sind den beiden Bänden entnommen, die der Enqueteausschuß über seine Untersuchungen in der Margarine- und Oelindustrie herausgegeben hat.

Die freien Margarinefabriken verwenden merkwürdigerweise das doppelte Quantum tierischer Fette, nämlich 11 Prozent. Daran ist die unermessliche Profitgier der Kapitalisten, die der Trust aus der Ausplünderung der Massen macht. Der Trust beherrscht nämlich die Rohstoffe vollständig. Die sogenannten freien Fabriken beziehen sie nur auf Umwegen und zu sehr erhöhten Preisen.

Keine Industrie der Welt hat so einen beispiellosen Aufschwung genommen wie die Margarineindustrie. Je größer das Elend wird, desto mehr steigt der Umsatz dieser Ersatznahrungsmittels. 1913 betrug in Deutschland der Verbrauch pro Kopf 3 kg, 1930 schon 7,6 kg. Daß nur Arbeiter mit schlechtem Einkommen die Konsumenten sind, geht aus einer Aufstellung der O.E.O. hervor: Sie verbleiben je Mitglied im Ruhrgebiet jährlich 18,24 kg in Dresden 15,52 kg in Groß-Berlin 11,11 kg in München 4,84 kg. Der Hauptanteil der Weltproduktion von 1,4 Millionen Tonnen (je 1000 kg entfällt mit 1,15 Millionen Tonnen auf Europa). Diese Weltproduktion beherrscht zu 65 Prozent der Trust, der Jürgens-van den Berg-Konzern. Er beherrscht die deutsche, belgische, tschechische und französische Produktion

zu je 70 Prozent, die holländische zu 50 Prozent und die österreichische zu 100 Prozent. Von den restlichen 35 Prozent befreit den Löwenanteil der Schicht-Konzern, der mit dem Trust eng verbunden ist. Und nur einen winzigen Bruchteil liefern die freien Fabriken.

### Fast die Hälfte der europäischen Margarine

stammt aus 600 Tausend in Deutschland gegen 200.000 Tonnen 1913. 77 Prozent davon entfallen auf die Konzerne. Auf den Kopf der deutschen Bevölkerung entfallen für 10 Mark Margarine jährlich. Für Zucker werden 14 Mark und für Butter 17 Mark ausgegeben. (Die Zucker- und Butterverbraucher sind aber andere als die Margarineverbraucher.)

Nach vor ein paar Jahren war die Margarineindustrie sehr zersplittert. Zwei Konzerne, Jürgens & Prinzens und Van den Berg begannen infolge ihrer enormen Profite die Fabriken aufzukaufen. Im Jahre 1927 schlossen sich beide zusammen, 1929 erfolgte die Vereinigung mit Lever Brothers (Sunlight-Seifen und Margarine-Konzern) und dann ein Vertrag mit Schiffit, heute beherrscht der Trust die gesamte Rohstoffe. Mit dem Wallisch-Welpol ist er eng verbunden, die Oelindustrie beherrscht er ganz und die pflanzlichen Rohstoffe bis zur letzten afrikanischen und südamerikanischen Urdwälderanlage. Er hat die Macht, den Konsumenten das Fett über die Ohren zu ziehen, und an die Materialien zu liefern, die früher nur zu schlechter, billiger Seife verarbeitet wurden.

Zusammen mit der deutschen Oelindustrie beschäftigt die deutsche Margarineindustrie 30.500 Personen; 14.000 entfallen auf Oel und 16.500 auf Margarine. Der Produktionswert beider beträgt 1,25 bis 1,30 Milliarden Mark. Die verarbeiteten Rohstoffe sind mit 900 Millionen eingesetzt, was ohne Bedeutung ist, da diese dem Trust gehören und die Preiskalkulation die Fabrikation wirtlich ist. Die Oelindustrie hat 60 Betriebe, die Margarineindustrie 70 gegen 110 im Jahre 1913. Die Oelindustrie hat nur 2,5 bis 5,5 Prozent Lohnanteil am Produkt.

Die Oelproduktion der Welt beträgt 6,6 Millionen Tonnen. Europa ist mit 48,6, Asien mit 24,3, Amerika mit 14,4 und Afrika mit 8 Prozent beteiligt. Deutschland steht mit 800 Millionen Mark an der Spitze der Einfuhr pflanzlicher Oelrohstoffe. Die Wallischtranzeugung die 1908 erst 22.900 Tonnen betrug, ist auf 300.000 Tonnen im Jahre 1929 gestiegen. Der Wallisch wurde früher zu Dünger verarbeitet, heute zu proletarischer Ernährung. Ein praktisch abgekürztes Verfahren! Wenn die Proleten sich diese kapitalistische Wirtschaft noch lange gefallen lassen, wird man ihnen bald noch ganz was anderes als Futter anbieten.

## Das heißt man Technik!

Der Leiter der Beratungsstelle für Stahlverwendung, der aus Amerika zurückkam, hielt einen Lichtbildvortrag, in dem er bewies, daß die Technik drüben immer noch fortschreitet. Beispielsweise fabriziert dort ein Werk täglich etwa 42 Kilometer Röhren von einem Durchmesser bis zu 66 Zentimetern. In den Automobilfabriken Ford's laufen täglich 10.000 Autos vom Band. Die A. O. Smith-Corp. stellt, wie der „Vorwärts“ jabelnd berichtet und bedauert, daß wir hier noch nicht so weit sind, mit nur 180 Arbeitern täglich 10.000 Chassis her, a 110 10 Sekunden ein in. In Chicago befindet sich ein Wolkenkratzer im Bau, der keine Fenster aufweist und künstlich beleuchtet und durchlüftet wird.

In der Tat, man könnte dem Jubel des „Vorwärts“ zustimmen, würde man nicht, daß er aus entgegengegesetzten Ursachen frohlockt. Es scheint, daß sich der Zeitpunkt nähert, wo die Technik zum Glück der Menschheit umzuwälzen beginnt. Es muß andern Zeiten kommen, an denen die Arbeiter, die Arbeiter auftritt und sie sich in den Besitz der Wirtschaft setzen.

Man denke, was das heißt. 10.000 Chassis von 180 Arbeitern in 10 Sekunden! Es ist noch nicht lange her, wo ein schlechtgeschickter vielleicht in 14 Tagen ein Autounterstell hätte bauen können. Und heute schon fertigt ein Arbeiter an einem Tage reichlich 61 Stück! Zur Berechnung derartiger Produktionssteigerungen braucht man Astronomie.

Vielleicht begreifen die Arbeiter bei einer solchen Technik bald, daß ihre Gewerkschaften und ihre Kampftaktik in jene Zeit gehören, als ein Arbeiter zu einem Chassis 11 Tage gebraucht und werden beide zu den alten ausgenutzten Chassis seiner Tage.

Freilich scheint es noch nötig, daß der Kapitalismus erst solche Stahlzylinder ohne Fenster baut und die Proleten darin in Patrouille treiben, bis er auftritt — oder aber dies denkaufe, der Menschenviertel nicht werte Geschlecht ausrottet.

## Betriebsräte-Bilanz 1930

Prompt wie Amtschmelzestahl kommt der ADGB, just zu Fastnacht, mit der Zusammenstellung der vor einem Jahre stattgefundenen Betriebsratswahlen heraus. Zwar ist die Liste noch nicht vollständig, aber sie gestattet eine hohe Wahrscheinlichkeitschätzung. Zusammengefaßt sind Betriebe mit rund 5,9 Millionen Arbeitern.

In den erfaßten Betrieben wurden im Jahre 1930 insgesamt 156.145 Arbeiterratsmitglieder gewählt, die sich wie folgt verteilen:

Freie Gewerkschaften	135.689	(86,9 v. H.)
Christliche Gewerkschaften	11.333	(7,2 v. H.)
H.-D. Gewerkschaften	1.561	(1,0 v. H.)
Kommunisten, Syndikalistinnen usw.	2.374	(1,5 v. H.)
Sonstige Vereinigungen	1.025	(0,7 v. H.)
Nichtorganisierte	4.163	(2,7 v. H.)

Die Wahlen zeigen zweierlei. Erstens den katastrophalen Zusammenbruch der KPD-Gewerkschaftspolitik, zweitens, daß die Gewerkschaften die Massen hinter sich haben. Es fehlen in der Zusammenstellung vor allem noch das Baugewerbe und das Bekleidungs-gewerbe. Im Baugewerbe wird die KPD etwas mehr Erfolg gehabt haben als in Deutschland, im Bekleidungs-gewerbe wohl kaum. Von den 1,5 Proz. ist noch eine Kleinigkeit abzusetzen für „Syndikalistinnen usw.“, dagegen sind in der Kolonne „Nichtorganisierte“ neben Gelben usw. noch vier verschiedene Gewerkschaften zu sehen. Rußland hat kein Interesse an der Niederrückung des Kapitalismus, sondern an seinem Aufbau. Die fürchterlichen Schläge, die das Proletariat jetzt durch Kapital und Gewerkschaften erhält, hat es Rußland und die KPD zu danken.

Noch vor 7 Jahren wäre der KPD durch eine einzige Parole gelungen, die Gewerkschaften auf ein nichtssagenendes Häuflein zu reduzieren. Natürlich nur dann, wenn sie die Absicht gehabt hätte, Klassenkampforientierten die Stelle der gelben Kuhlhandelsvereine zu setzen. Aber damals ging es ihr nicht um die Massen der Arbeiter, sondern um die Schreibstube- und Altkonzepte der Gewerkschaftsbüros und um die paar verschleierten Gewerkschaften der Richter, Rußland hat kein Interesse an der Niederrückung des Kapitalismus, sondern an seinem Aufbau. Die fürchterlichen Schläge, die das Proletariat jetzt durch Kapital und Gewerkschaften erhält, hat es Rußland und die KPD zu danken.

Die andere Seite der Betriebsratswahlen aber zeigt, daß die Gewerkschaften die Massen wohl zur Solidarität auf breiter

Grundlage aufrufen könnten. In diesen Falle würden sie, zusammen mit den aus Ablehnung des Wahlbogens Nichtwählenden mindestens 95 Prozent der Arbeiter hinter sich haben. Allerdings ist es „nützlich“, sich mit „geringen Kombinationen abzugeben“, denn die Gewerkschaften sind Fleisch vom Fleische des Kapitalismus und müssen für dessen Wohlergehen sorgen.

Als wir 1919 bis 1923 die Arbeiter auf die Schwäche der Gewerkschaften aufmerksam machten und den Zusammenschluß zu revolutionären Betriebsorganisationen propagierten, antworteten uns die KPD-Referenten und -Funktionäre nach einer gemeinsamen Platte: „Jetzt ist keine Zeit mehr zum Gründen von Betriebsorganisationen, jetzt muß gehandelt werden.“ Man glaube, daß es mit der Eroberung der Gewerkschaften leichter und schneller ginge. Wie „behandelt“ wurde, zeigten die Betriebsratswahlen von 1930. Den Erfolg verdanken die Gewerkschaften der KPD. Heute, nach 10 Jahren revolutionärer Gewerkschaftspolitik sind die Arbeiter sehr weit hinter den Ausgangspunkt zurückgeworfen, sehr weit unter das Lebensniveau herabgedrückt als zu jener Zeit als es noch gar keine Gewerkschaften gab. Heute ist noch nicht mal der Anfang gemacht. Denn der lückerliche Firtelzang von RGO hat weiter keinen Zweck, als die aus den Gewerkschaften gelauenen Arbeiter weiter in der gewerkschaftlichen Fahrwasser zu halten.

Das müssen sich die KPD-Arbeiter gesagt sein lassen: Der Anfang muß gemacht werden. Mit der bisherigen Politik geht es abwärts, abwärts bis zur Lage des Galeerensträflings. Erst wenn der Anfang gemacht ist mit der betriebsweisen Zusammenschluß der Arbeiter zu Klassenkampforientierten in den Händen der Arbeiter, erst dann geht es aufwärts und vorwärts. Erst dann haben sie die Gewähr, daß ihnen das revolutionäre Element folgt. Dann aber ist es auch nur eine Frage der Zeit, daß die Gewerkschaften hinkommen, wo sie hingehören: in die Büros der Trustbetriebe.

## Aus der Bewegung

### Berlin

Wie weit der ideologische Bankrott des Leninismus vorgeschritten ist, davon legt Zeugnis ab eine Erwerbslosenversammlung, die vom „Einheitsverband der Metallarbeiter Berlins“ für das Vorkommnis des Bezirks Kreuzberg am 28. Januar einberufen war. Daß von 7000 Erwerbslosen der Stempelstempel des Südstadens nur 100 Personen zur Versammlung erschienen waren, buchte der „Erwerbslosenausschuß“ durch seinen Sprecher als einen vollgültigen Beweis, daß die Erwerbslosen kein sonderliches Interesse für die Verbesserung ihrer Lage hätten. Ueberhaupt sei durch die Müdigkeit der Mitglieder des Erwerbslosenausschusses der Kampf der Erwerbslosen seit längerer Zeit vollkommen eingeschlafen; wogegen es jetzt gelte, einen Kampf mit ganzer Kraft wieder aufzunehmen. Zunächst müsse sich aus dieser Versammlung ein 30 Köpfe starker „Erwerbslosenausschuß“ etablieren. Darüber hinaus müsse die demagogischen Delegiertenkonferenzen beschränkt werden, um so die Vorbereitungen für den am 25. Februar stattfindenden Reichs-Erwerbslosenkampf durchzuführen. Vor allen Dingen brauche man Vorschläge und nochmals Vorschläge für alle ins Auge genommenen Konferenzen. Besonders seien Vorschläge von Sozialdemokraten und Nationalsozialisten erwünscht. Wer aber keinen Vorschlag machen könne, möge sich ruhig selbst vorschlagen und seine Adresse am Vorstandsstuhl abgeben. Die politische Gesinnung spiele dabei keine Rolle. Die verschiedensten Bredouren, zu denen die Vorgesprochenen geladen werden, würden dann schon ergeben, wem Geistes Kind die einzelnen Kandidaten sind. Damit Theorie und Praxis des Komplexes auch rechtlich ergänzt werden, sei folgendes Besondere vorzubilden: Es komme am eines Morgens so ganz zufällig 100 Arbeitelose zusammen und bestiegen einen Autobus. Dem Schaffner, der das Fahrgeld fordert, bedeuten dann die Arbeitelosen, daß sie arbeitslos sind, indem sie ihm die Stempelkarten unter die Nase halten. Es sei natürlich klar, daß dann die Staatsgewalt veranlaßt werde einzuschreiten. Ebenso könnten die Arbeitelosen Wohnungserweiterungen verhindern. Ueber die Konsequenzen, die daraus für die Arbeiter zu erwartend trage, schwebe sich der Sprecher vom Erwerbslosenausschuß jeder aus.

Aus den Ausführungen des Referenten, der inzwischen eingetroffen war, sei folgendes vermerkt: Die Sozialisten, — die einfachen Mitglieder, sondern nur die Führer der Sozialdemokratie. Ebenso verhält es sich mit den Hakenkreuzfaschisten. Im Interesse der „Volksrevolution“ müßte die bedeutende Mehrheit des Volkes gewonnen werden. Dazu müßte die Arbeitelosen in der RGO, erfaßt werden. Wenn sich später ihre wirtschaftliche Lage gebessert habe, könnten sie den Eintritt in den „Einheitsverband der Metallarbeiter Berlins“ vornehmen. In der Diskussion hatte ein Genosse der KAPD und AAU am Hand vorliegenden Materials Gelegenheit nachzuweisen, daß die 10 Jahre Praxis der Gewerkschaftsrevolutionierung jedem Arbeiter eindeutig den Bankrott dieser Phrase aufzeigte. Nut wäre es noch zu begründen, wenn daraus die KPD gelernt hätte, daß der organisatorische Aufbau des revolutionären Proletariats nur auf der antiparlamentarischen Grundlage der Klassenorganisation vor sich gehen kann. Weit gefehlt! Die KPD versucht den Arbeiter einzureden, daß die Arbeiter, organisiert in roter Gewerkschaften, den Sieg über den Kapitalismus mit gewerkschaftlichen Mitteln davon tragen könne. Den Arbeitelosen empfiehlt sie kräftig zu schreiben: „Einhebung in den Produktionsprozess! Und beim Berliner Metallarbeiterstreik rante die RGO, schon am zweiten Streiktag zum Reichsarbeitsminister, um dort um Verhandlungen zu betteln.

Der Parole „Volksrevolution“, die in Westeuropa ein Utopie bedeutet, stellt die KAPD, die Erkenntnis, des wissenschaftlichen Kommunismus entgegen: Organisation des Proletariats als Klasse ohne Unterschied der Berufe in der Allgemeinen Arbeiter-Union, Zerstörung der parlamentarischen Parteien und Gewerkschaften, Sturz der Bourgeoisie! Errichtung der proletarischen Diktatur und der Bedarfswirtschaft. Will die Arbeiterklasse diesen Weg gehen, so muß sie alle organisatorischen und ideologischen Brücken zum Reformismus abbrechen und die revolutionäre Klassenfront errichten. Dann erst werden auch Kongresse, die mit den aus den Betrieben und Stempelstellen beschränkten Proleten keine Paradeschaukette bankrotter parlamentarischer Schieber sein, sondern vulkanische Kraftquellen der Revolution.

## Eingänge für den Briefkasten

Im Monat Januar.

Fr. Hildecke, Magdeburg	2,—
14. Bezirk auf Liste 86	4,20
R. A. A.	155,20
G. H. A.	54,45
O. F. Wriezon	1,—
1. Genosse auf Liste 122	3,—
17. Bezirk auf Liste 122	5,50
Kunzbe, Berlin	5,—
Hausmann, Berlin	5,—
Düsseldorf, auf Liste 267	4,—

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tietz, Berlin. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Isidorow, Berlin D. 17.

12. Jahrg. Nr. 7

# Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lantier Platz 12. Telefon: Oberbaum F 8 7832.

Berlin, 14. Februar 1931

Alle Zahlungen auf Postkontokonto: Berlin NW 7, Nr. 638 62, Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lantier Platz 12.

Bei Bezug unter Streifenband vierwöchentlich 2,50 Mark inkl. Porto. Bei Bestellungen durch die Post, vierwöchentlich 2,10 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

## „Schließen gibt es noch eine Sozialdemokratie“

Die Regierung Brüning muß aus außenpolitischen Rücksichten noch parlamentarisch regieren. Sie braucht unbedingt für den kommenden Reichshaushalt eine parlamentarische Mehrheit. Die Basis der Regierung im Parlament ist außerordentlich schmal. Wenn zur Opposition der Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Kommunisten und einiger kleiner Parteien auch noch die Opposition der Sozialdemokratie hinzukommen würde, wäre die Regierung Brüning unweigerlich gestürzt worden. Sie hätte mit dem Artikel 48 RV. weiterregieren müssen. Diese Notwendigkeit mußte ihr erspart werden. Die Wahlen vom 14. September 1930 hatten für die deutsche Bourgeoisie die Kündigung von 2 Milliarden auswärtiger Kredite bedeutet. Die Aufnahme neuer Kredite, über die Curtius in Genf mit dem französischen Kapital verhandelt hatte, und die von der Bedingung abhängig waren, daß das parlamentarische Regime aufrechterhalten würde, war durch die Taktik bedroht, die diktatorisch Madroff unter dem Artikel 48 RV. verlangte. Der Sozialdemokrat lag aber unbedingt an dem weiteren „kapitalistischen Aufbau“ und an der Zusammenarbeit mit dem Weltkapital. Die deutsche Bourgeoisie ihrerseits brauchte dringend die französischen Kredite, die man bisher nur durch amerikanische Garantie wie bei der Reichsbank anlehnte erhalten hatte.

Die Durchführung des parlamentarischen Regimes war aber nur durch eine Verewaltung des Parlaments möglich. Der Artikel 48 RV. wurde daher für die Geschäftsordnung des Reichstages in Anwendung gebracht. Die Vergewaltigung der Demokratie wurde also direkt in das Parlament verlegt, anstelle daß der Reichspräsident sie mit Hilfe von Notverordnungen durchführte. Die Aufgabe, diese parlamentarische Verewaltung des Reichstages durch den Reichstag zu meistern, übernahm der mit allen parlamentarischen Hunden getriebene Sozialdemokrat Lobe. Er war der Meisterdirigent, der nicht nur hervorragenden Anteil an der Ausarbeitung der Bestimmungen nahm, sondern auch die Annahme dieser Bestimmungen mit außerordentlicher Geschicklichkeit durchführte. Die Bourgeoisie verlangte „ernsthafte“ parlamentarische Arbeit. Das Parlament darf nicht mehr zu demagogischen Zwecken mißbraucht werden. Es muß arbeitsfähig erhalten werden. Die Unterdrückungsgulotte muß in Krisenzeiten prompt und scharf arbeiten. Die Republik darf nicht milde sein, wenn es sich um ihre Existenz handelt. Die Bourgeoisie verlangt, daß „der Reichstag hart werde“. Das Finanzkapital ruft durch seinen hervorragendsten Wirtschaftspolitiker, den Staatspartei Stölpel, dem Reichskanzler zu: „Seien Sie weiter stark und handeln Sie“. Brüning ist der Mann der Bourgeoisie. Er faschisiert das Parlament, anstelle außerparlamentarisch zu regieren. Die Maske der Demokratie bleibt so gewahrt. Er kennt das System Mussolini. Was Mussolini nach dem Staatsstreich mit dem Parlament gemacht hat, das macht der Jesuitenzögling Brüning ohne Staatsstreich, mit der Drohung des Staatsstreichs durch die Nationalsozialisten. Er hat Erfolg, seine Mehrheit wächst, das Vertrauen der Bourgeoisie steigt. Charakteristisch ist dafür die bunte Mehrheit vom Landvolk bis Sozialdemokratie. Dieselbe Mehrheit hat auch die Aenderung der Geschäftsordnung unterzeichnet. Was enthält dieser Antrag?

Einmal wird verlangt, daß ein von den Reichsparteien eingereichter Antrag, dessen Erfüllung Kosten verursacht, nur dann zulässig ist, wenn im gleichen Antrag dafür eine entsprechende finanzielle Deckung vorgeschlagen wird und wenn die Regierung diese Deckung als sachgemäßen Vorschlag anerkennt. Mit anderen Worten, zur die Anträge der Oppositionsparteien kommen zur Verhandlung, welche der Regierung, d. h. der herrschenden

den Schicht des Kapitals genehm sind. Es werden also die Rechte des Reichstages auf ein Minimum eingeschränkt. Der Reichstag ist nur eine Abstimmungsmaschine für die Regierungsanträge, die wiederum auf Grund des vorübergehenden Kuhlhandels mit den Regierungsparteien eingebracht werden. Das ist die Diktatur des Artikel 48 RV. im parlamentarischen Mantelchen. Eine weitere Bestimmung besagt, daß eine Regierung nur ausdrücklich das Vertrauen und zwar durch eine Entscheidung im Plenum entzogen wird. Es ist also für keine Partei notwendig, sich offiziell durch ein Vertrauensvotum für eine Regierung zu bündeln. Die Theorie des kleineren Übels ist damit in die parlamentarische Form gebracht. Die Sozialdemokratie kann also ihre berühmte Tolerierungspolitik weiter verfolgen, ohne daß sie sich für Herrn Brüning zu begeistern braucht. Die Demokratie erspart es ihr, Farbe zu bekennen. Es genügt der herrschenden Klasse, daß sie regieren kann. Sie braucht nicht Lorbeerkränze für ihre Bismarckgestalten ohne Köpfe.

Gleichzeitig wurde durch einen Beschluß derselben Mehrheitspartei die Immunität der Abgeordneten aufgehoben, gegen die wegen ihrer journalistischen Tätigkeit Strafverfahren eingeleitet war. Es handelte sich um nicht weniger als 400 Fälle. Damit sollte zeigen die kommunistischen und nationalsozialistischen Abgeordneten die Justizmaschine in Bewegung gesetzt werden. Die Vollstreckung von Freiheitsstrafen wegen dieser Vergehen blieb vorbehalten. Es wurde so die legale Möglichkeit geschaffen, die Opposition, wenn sie nicht loyal war, oder wenn die Klassengegensätze sich zuspitzten, kurzerhand in das Gefängnis zu werfen. Diese Drohung richtete sich weniger gegen die in der Sitzung ganz offen mit dem Bürgerkrieg drohenden Nationalsozialisten, als gegen die KPD, der man als ausgesprochener Führerpartei die Aktionsfähigkeit durch Verhaftung ihrer Führer nehmen wollte. Die Bourgeoisie weiß sehr wohl, daß diese zentralistisch und nicht nach dem System von unten nach oben aufgebaute Partei so am besten lähmegelegt werden kann. Das Damoklesschwert der Verhaftung der Führer soll die Ruhe und Ordnung verbergen. Gleichzeitig aber wird auch dafür gesorgt, daß auch in Zukunft die Presse der links- und rechtsradikalen Parteien unter den Druck des Gesetzes fällt. Es ist weiter beschlossen, daß in Zukunft ein Abgeordneter nicht mehr als verantwortlicher Redakteur zeichnen darf. Die Justiz kann also freigelegt mit Gefängnis- und Geldstrafen die Presse strangulieren. Die Nationalsozialisten begriffen sofort, daß nach dieser neuen Geschäftsordnung der antiparlamentarische Parlamentarismus nur noch ein Dreck wert war und liquidieren diese Parole durch den Auszug der Kinder Israels aus dem Reichstag. Im Gegensatz dazu bleiben die Kommunisten ihrem antiparlamentarischen Parlamentarismus treu und „kämpfen“ noch weiter von der Tribüne des Reichstages herab. Vielleicht locken sie noch die Freifahrkarten und die Diäten. Sonstige Vorteile dürften sich kaum noch ergeben, da auch die demagogischen Anträge jetzt mangels Regierungsgenehmigung nicht mehr möglich sind.

Die deutsche Bourgeoisie wehrt sich so gegen Sabotage und Taktik. Sie läßt nur ein ehrliches Bekenntnis zum Kapitalismus im Parlament zu. Sie verbietet der Demokratie bekannt sich zu dieser rechtsichtslosen Diktatur des Kapitals, weil das Kapital sie noch in einigen Positionen formell duldet. Sie fragt einsetzt den deutschen Spießher: Was geschieht, wenn die Regierung Brüning gestürzt wird? Es könnte doch sein, daß die rev. Arbeiterschaft die Macht übernimmt und das fürchtet sie wie die Pest. Sie schreit und schreit von der Marne-

## Faschismus gegen Demokratie?

### Die Blockbildungen in Europa.

Wenn wir zwei Landarten in Europa, eine von 1914 und eine von heute nebeneinanderlegen, so fällt uns als erstes das Vordringen der „Balkanmassen“ gegen den Westen auf, der sich bis zur deutschen Grenze vorschiebt. Balkanische Zustände aber waren seit jeher das trübe Ozean, in dem Imperialisten ihre Fischzüge mit Vorliebe begannen. Den Boden der alten österreichischen Doppelmonarchie teilten unter sich auf: Polen, die Tschechoslowakei, Rumänien, Deutschösterreich, Ungarn, Jugoslawien und Italien. Keiner dieser Staaten ist ohne nationale Minderheiten, die mehr oder minder unterdrückt werden, jenseits, ob sie eine wirtschaftliche Bedeutung haben. Hinzu kommen eine Menge wirtschaftlicher, zölpolitischer und verfassungsrechtlicher Streitfragen (z. B. die Habsburgerrestoration in Ungarn), so daß es auf der Hand liegt, daß die Zustände keine dauernden bleiben können. Besonders ist die Aenderung der Friedensverträge eine heikle Geschichte, die die sogenannten Nachfolgestaaten in zwei Lager spaltet: in Revisionisten und Antirevisionisten. Frankreich hat außer Polen die gegen Ungarn gerichtete kleine Entente in der Hand, die Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien. Ungarn wurde gewaltig verkleinert und verlor bei der Aufteilung an diese drei Staaten zweieinhalb Millionen magyarischer Bevölkerung, von der andersonaligen Volkszahl zu schweigen. Da aber auch Italien bekanntlich gegen Südslawen gerichtet ist und starken Appetit auf restlose Beherrschung der Adria zeigt, ergibt sich naturgemäß ein enges Verhältnis zwischen Ungarn und Italien, und man hat schon öfters Gelegenheit gehabt, Zeuge ungarisch-italienischer Liebesklettereien zu sein. Die Zugehörigkeit Bulgariens zum Revisionistenblock hat übrigens vor kurzem durch Vermählung des bulgarischen Königs mit einer italienischen Prinzessin ihren dynastischen Ausdruck gefunden. Da Albanien ganz in italienischen Händen ist, muß nicht erst betont werden. Diese Reihe läßt sich auch nach Osten fortsetzen, jedenfalls wird auch die Türkei dazugezählt. Nach Westen zu hat man die Nazis Deutschlands und Österreichs. Nun kommt noch die merkwürdige Tatsache dazu, daß Rußland seit einiger Zeit einen scharf gegenfranzösischen Kurs einhält, während früher die Parole beherrschte „Gott strafe England“ hielt. Die Proleten übert zi dar, durch Vergleich alter bolschewistischer Blätter mit heutigen sich dies richtig zum Bewußtsein zu bringen. Daß Rußland gerade mit Mussolini die ungeliebtesten Beziehungen hat, daß die kleine Entente mit Rußland keinen diplomatischen Verkehr pflegt, daß Rußland und die türkischen Kommunistenschlechter erklären, zwischen ihnen gäbe es keinerlei Meinungsverschiedenheiten, daß Ferner Nazis und „Kommunisten“ für Annullierung der Vertragsverpflichtungen eintreten, — das alles wirft eine grelle Licht auf die Außenpolitik Rußlands und müßte die Kommunisten Anhänger wenigstens zum Nachdenken bringen, wenn es ihnen erlaubt wäre. So bezeichnend aber das Verhältnis der UdSSR zu den faschisti-

schlacht Hitlers und von der Niederlage der Parlamentsparteien, um ihre eigene Schande und Schmach, ihren brutalen Verrat an den Interessen der Arbeiterschaft zu verhüllen. Sie rühmt sich der Retter der Regierung Brüning, der Retter des deutschen Kapitals aus der sie vernichtenden Krise zu sein. Sie schließt sich bewußt der Front der Bourgeoisie gegen die rev. Arbeiterschaft an. Sie rühmt sich ihrer Offensiv gegen sie. Die KPD, weiterr hysterisch gegen den Sozialfaschismus. Sie begreift aber nicht ihren eigenen Sozialfaschismus, weil sie nicht wagt, die parlamentarische Linie zu verlassen und öffnen die Klassenkampffront zu beziehen. Die Nationalsozialisten verlassen das Parlament, die KPD, bleibt im Parlament. So weit ist schon ihre parlamentarische Korruption gediehen. Der „Vorwärts“ triumphiert, daß die Nationalsozialisten noch die antiparlamentarischen Kinderkrankheiten durchmachen, während die KPD, schon den Wert des Parlamentarismus begriffen hat. Es ist anzunehmen, daß sie sich weiter von der Güte dieser parlamentarischen Einrichtung überzeugen wird. Sie ist das beste Schutzmittel gegen die Revolution. Die antiparlamentarische Einstellung der KAPD. Ist durch diese Entwicklung völlig gerechtfertigt. Die rev. Arbeiterschaft kann nur den Klassenkampf führen auf dem Boden des Antiparlamentarismus und des Aufbaues von Arbeiterunions unter Zerstörung der Gewerkschaften.